

# **Niederschrift**

über die öffentliche

## **Sitzung des Gemeinderats**

am 26.09.2017

**Beginn: 18:30 Uhr**

**Ende: 20:35 Uhr**

---

### **Beurkundung**

Bürgermeister

---

Gemeinderäte

---

---

---

---

---

Schriftführer

---

## Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### Anwesenheitsliste

#### **Anwesend**

##### Vorsitzender

Bürgermeister Jörg Hetzinger

##### FW

GRin Monika Bruckmann  
GR Jörg Heckenlaible  
GRin Ursula Jud  
GR Harald Mehl  
GR Dr. Konrad Scherer  
GR Rolf Wiedmaier  
GR Helmut Ziegler

##### CDU

GRin Patricia Bäuchle  
GR Joachim Bertsche  
GRin Christa Härer  
GR Detlef Holzwarth  
GR Roland Neher

##### SPD

GRin Siegrun Burkhardt  
GR Joachim Habik  
GR Jürgen Schlotz  
GRin Anke Schön

##### GRÜNE

GRin Sandra Bührle  
GR Burkhard Nagel

##### Verwaltung

Amtsleiter Hauptamt Jürgen Schunter  
Amtsleiter Finanzverwaltung Markus Schwarz  
Amtsleiter Bauamt Markus Baumeister  
Rolf Koch

##### Schriftführer

Stellv. Amtsleiter Achim Grockenberger  
Hauptamt

## Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### Tagesordnung

- 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 2 Lärmaktionsplanung - Information über die Ergebnisse der Lärmkartierung 101/2017
- 3 Bebauungsplan Nr. 230 Seehalde - Änderung Untere Seehalde 35 - Aufstellungsbeschluss, Entwurfsfeststellung, Auslegungsbeschluss 100/2017
- 4 Durchführung einer Einwohnerversammlung anlässlich der Kritik über die in Urbach geplanten Projekte für die Remstal Gartenschau 2019 102/2017
- 5 Gründung einer interkommunalen Wohnungsbaugesellschaft - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion 103/2017
- 6 Information über die zur Anschlussunterbringung zugewiesenen Flüchtlinge und über deren Betreuung durch sogenannte "Integrationsmanager" 110/2017
- 7 Übernahme der Flüchtlingsunterkunft Austraße des Landkreises zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen 104/2017
- 8 Straßenrechtliche Einziehung einer Teilfläche der Robert-Mayer-Straße - bisher öffentliche Stellplätze bei Gebäude Robert-Mayer-Straße 10 106/2017
- 9 Beschluss über die Annahme von Spenden 105/2017
- 10 Verschiedenes
- 10.1 Erklärung der CDU-Fraktion zum Waldhaus

**Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats  
in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

**Tagesordnungspunkt 1  
Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Aus der Mitte der Besucher erfolgen keine Wortmeldungen.

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 2 Lärmaktionsplanung - Information über die Ergebnisse der Lärmkartierung**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 101/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

BM Hetzinger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Roth vom Büro Sound-Plan aus Backnang, das unter anderem schalltechnische Gutachten erstellt.

Herr Roth fasst in seinem Sachvortrag den wesentlichen Inhalt der Sitzungsvorlage zusammen und erläutert das Ergebnis seiner Untersuchungen anhand einer Power-Point-Präsentation.

(Im Verlauf der Präsentation erscheint GR Mehl um 18.45 Uhr im Sitzungssaal)

BM Hetzinger fasst anschließend zusammen, es wäre eigentlich nun Aufgabe der Gemeinde, die Bürgerinnen und Bürger über das Ergebnis der Lärmkartierung zu informieren. Fakt sei aber, dass es keiner Möglichkeit gebe, den Straßenbaulastträger zu zwingen, entsprechende zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen zu treffen. Insofern rate er davon ab, diese Möglichkeit in Erwägung zu ziehen.

In diesem Zusammenhang teilt BM Hetzinger mit, das Regierungspräsidium habe auch mitgeteilt, dass auf der B 29 im Bereich von Urbach kein sog. „Flüsterasphalt“ eingebaut werden soll.

GR Mehl fragt anschließend, ob die Berechnungen bzw. Messungen von Herrn Roth zu einem Zeitpunkt gemacht wurden, bevor der Baumbestand an der Rems gerodet wurde oder später.

Herr Roth antwortet darauf, dies spiele keine Rolle, denn die Berechnungen würden sowieso so gemacht, als wenn dort keine Bäume stünden.

Dabei erklärt er, dass die standardisierten Berechnungsmethoden immer wieder überprüft und mit tatsächlichen Messwerten verglichen würden. Dabei stelle sich dann heraus, dass die berechneten Werte sehr nahe an den gemessenen lägen. Die Messungen würden dabei immer über einen längeren Zeitraum (mindestens eine Woche) durchgeführt und dann gemittelt.

GRin Jud wirft ein, Wind- und Wetterverhältnisse seien beim Thema Lärm auch zu berücksichtigen, wie sie aus eigener Erfahrung wisse.  
Es sei gut gewesen, dass dieses Gutachten in Auftrag gegeben wurde, da man nun belastungsfähige Ergebnisse vorweisen könne.  
Sie möchte noch wissen, in welchem Turnus man diese Untersuchungen wiederholen sollte.

Herr Roth antwortet darauf, alle fünf Jahre sei dies angezeigt.

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

GR Neher stellt bedauernd fest, dass die Gemeinde wohl nichts machen könne.

Herr Roth bestätigt dies, wobei er darauf hinweist, dass es in Stuttgart noch viel größere Probleme gebe, was die Umsetzung von Maßnahmen angehe, die sich aus der Lärmkartierung eigentlich ergeben sollten.

(GR Bertsche erscheint um 19.05 Uhr im Sitzungssaal)

GR Nagel fragt an, ob es möglicherweise etwas bringe, wenn man in den Beschlusstext des Gemeinderats einen Passus einfügen würde, wonach man aus Lärmschutzgründen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der B 29 auf 100 km/h für PKW's fordere.

Herr Roth antwortet darauf, die Maßnahme an sich würde eine Lärminderung um etwa 2 Dezibel bringen, aber er glaubt, dass es sehr schwierig werden würde, eine solche Maßnahme tatsächlich durchzusetzen.

BM Hetzinger kann sich auch einen Kompromiss vorstellen und zwar dergestalt, dass man das Regierungspräsidium auffordert, auf der B 29 einen so genannten „Flüsterasphalt“ einzubauen bei der nächsten Fahrbahnsanierung und bis dahin eine Geschwindigkeitsbegrenzung beantragt auf 100 km/h.

GR Habik möchte noch wissen, wie man mit dem Thema Lärmschutz umgehe bei neuen Baugebieten.

Herr Roth antwortet darauf, hier sei grundsätzlich die DIN 18005 anzuwenden. Die dort festgehaltenen Grenzwerte seien auch einzuhalten.

Der Gemeinderat fasst daraufhin folgenden

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Gemeinde Urbach nimmt das Ergebnis der Umgebungslärmkartierung 2012 der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg zur Kenntnis. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, beim Straßenbaulastträger der Bundesstraße 29 folgende Forderungen vorzubringen:

- Insbesondere der hohe SV-Anteil auf der B 29 führt zur Lärmbelastungen, weshalb eine Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW auf 60 km/h auf Höhe des Urbacher Gemeindegebiets wünschenswert wäre.
- Beim nächsten Austausch oder Reparatur des Fahrbahnbelags sollte ein lärmarmere Fahrbahnbelag eingebracht werden. Bis dahin sollte auch für PKW's eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 km/h auf Höhe des Urbacher Gemeindegebiets angeordnet werden.

**Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats  
in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

17	Ja-Stimmen	
1	Nein-Stimmen	GR Wiedmaier
	Enthaltungen	
	befangen/abwesend	

(Im Anschluss an die Beschlussfassung erscheint GRin Burkhardt um 19.11 Uhr im Sitzungssaal)

**Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats  
in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

**Tagesordnungspunkt 3  
Bebauungsplan Nr. 230 Seehalde - Änderung Untere Seehalde 35 - Aufstel-  
lungsbeschluss, Entwurfsfeststellung, Auslegungsbeschluss**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 100/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

Im Einvernehmen mit dem Gemeinderat setzt BM Hetzinger diesen Beratungsgegen-  
stand von der Tagesordnung ab, da im Textteil des Bebauungsplanentwurfs noch eini-  
ge Änderungen vorgenommen werden müssen.



## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 4 Durchführung einer Einwohnerversammlung anlässlich der Kritik über die in Urbach geplanten Projekte für die Remstal Gartenschau 2019**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 102/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

Ergänzend zum Inhalt der Sitzungsvorlage hält BM Hetzinger folgenden Sachvortrag:

*„Im Juli haben sich 13 Bürgerinnen und Bürger aus Urbach und Umgebung an die Presse gewandt und an unseren geplanten Gartenschauprojekten heftig Kritik geäußert. Wir haben daraufhin ein von Pfarrer Klaus Dieterle moderiertes Gespräch mit den Kritikern im Johannes-Brenz-Haus geführt.*

*Es war der Wunsch der Kritiker, Herrn Pfarrer Dieterle als Moderator dazu zu gewinnen. Dieser schlug vor, zunächst nichtöffentlich mit den Kritikern zu reden, was dann auch so geschah.*

*Bei diesem Gespräch wurde gefordert, die geplanten Projekte der Gartenschau insgesamt den Bürgern zur Entscheidung vorzulegen mit der Frage, ob diese durchgeführt werden sollen oder nicht. Gleichzeitig wurden alternative Ideen vorgetragen wie z. B. die Verlegung der Mountainbikestrecke zum Schurwald und Planung neuer Maßnahmen in der Remstalaue. Ich persönlich halte diesen Vorschlag für nicht geeignet, denn welche Besucher kommen dann noch nach Urbach, wenn sie vom Bahnhof oder Radweg kommend nach Süden in den Außenbereich geleitet werden. Diese Besucher werden danach zur nächsten Gemeinde fahren und Urbach nicht aufsuchen.*

*An dem Gespräch waren auch mehrere Gemeinderäte beteiligt. Wir haben bereits damals die Durchführung eines Bürgerentscheids abgelehnt.*

*Schließlich wurde vereinbart, dass nochmals eine Einwohnerversammlung durchgeführt werden soll mit dem Ziel, die Bürgerinnen und Bürger Urbachs zu informieren. Die Verwaltung möchte nochmals alle Projekte vorstellen und außerdem sollen auch die Kritiker zu Wort kommen. Diese Einwohnerversammlung soll ebenfalls durch einen Moderator begleitet werden.*

*Nach dem Gespräch wurden von den Kritikern Wünsche geäußert, wie z. B. dass die Gemeinde finanzielle Mittel bereitstellen soll, um Werbung für alternative Projekte zu machen. Auch besteht der Wunsch, die Einwohnerversammlung gemeinsam vorzubereiten. Dies haben wir abgelehnt. Wir haben mitgeteilt, dass die Entscheidung über die Durchführung einer Einwohnerversammlung vom Gemeinderat getroffen werden müsse. Weiter haben wir mitgeteilt, dass uns Wünsche zum Ablauf der Bürgerversammlung mitgeteilt werden sollen, damit der Gemeinderat entscheiden kann, inwieweit diese Wünsche berücksichtigt werden.*

*Gestern Abend erhielten wir nun ein Schreiben. Darin wird erneut ein Bürgerentscheid über die geplanten Projekte der Gemeinde Urbach gefordert.*

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

*Sollte dies abgelehnt werden, wird alternativ der Wunsch geäußert, den Termin rechtzeitig bekannt zu geben, damit die anderen kritischen Bürger ebenfalls entsprechend planen könnten. Weiter soll die Einwohnerversammlung nur zum Thema Remstal Gartenschau abgehalten werden. Es wird ein neutral, fair und unbefangener agierender Moderator gewünscht.*

*Zudem ausreichend Zeit zur Präsentation der Position der alternativen Gartenschau Urbach zu den Kritikpunkten und den vorgeschlagenen Maßnahmen. Weiter wird ausreichend Zeit für Wortmeldungen und Fragen anderer Einwohner gewünscht.*

*Ich schlage Ihnen nun vor, als Termin für die Einwohnerversammlung den 24. oder 19. Oktober 2017 festzulegen. Wir sind derzeit noch in der Terminabstimmung mit notwendigen externen Teilnehmern und werden den endgültigen Termin voraussichtlich spätestens übermorgen festlegen können. Ferner schlage ich vor:*

- 1. Die Durchführung eines Bürgerentscheids auf Grundlage eines Gemeinderatsbeschlusses abzulehnen.*
- 2. Wie gewünscht, nur das Thema Projekte für die Remstal Gartenschau 2019 zu behandeln.*
- 3. Einen neutralen Moderator durch die Gemeinde zu bestimmen.*
- 4. Die notwendige Zeit zur Präsentation zu gewähren. Die Einzelheiten dazu sollen jedoch durch die Verwaltung in Abstimmung mit dem Moderator festgelegt werden.*
- 5. Ich schlage jedoch vor, einige Vertreter der Kritiker zu einem Abstimmungsgespräch mit dem Moderator einzuladen. Dieses soll vorab nichtöffentlich stattfinden.*

*Dies ist mein Vorschlag. Ich bitte Sie, dass wir darüber heute abstimmen.“*

In der folgenden Aussprache meint GR Nagel, über die Forderungen der AGU im Hinblick auf einen bevorstehenden Bürgerentscheid müsse man schon diskutieren. Allerdings sehe er keine Notwendigkeit, den Bürgerentscheid von der Gemeinde aus zu initiieren. Die Haltung der Gemeinde zum Waldhaus sei eindeutig. Wenn die AGU also einen Bürgerentscheid wolle, so müsse sie dies über ein Bürgerbegehren in Angriff nehmen.

GR Habik gibt zu bedenken, dass man am heutigen Abend ohnehin nicht über die Durchführung eines Bürgerentscheids abstimmen könne, denn das stünde ja nicht auf der Tagesordnung.

GRin Jud ist der Ansicht, man könnte den Verwaltungsvorschlag mittragen, die Kritiker und deren Ansinnen würden dadurch ausreichend berücksichtigt.

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

GR Habik und GR Nagel sind der Ansicht, man sollte am heutigen Abend über den Beschlussvorschlag aus der Sitzungsvorlage abstimmen und sonst über nichts.

BM Hetzinger akzeptiert dies.

GRin Jud spricht sich für den 19.10.2017 als Termin für die Einwohnerversammlung aus.

BM Hetzinger stimmt dem zu. Die Verwaltung werde nach einem externen Moderator und den entsprechenden Experten bzw. Sachverständigen für Einwohnerversammlung suchen.

Der Gemeinderat fasst daraufhin folgenden

### **Beschluss:**

Anlässlich der Kritik über die in Urbach geplanten Projekte für die Remstal Gartenschau 2019 wird die Gemeindeverwaltung beauftragt, am 19.10.2017 eine Einwohnerversammlung in der in der Sitzungsvorlage Nr. 102/2017 dargestellten Form durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

19 Ja-Stimmen  
Nein-Stimmen  
Enthaltungen  
befangen/abwesend

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 5 Gründung einer interkommunalen Wohnungsbaugesellschaft - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 103/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

BM Hetzinger fasst den wesentlichen Inhalt der Sitzungsvorlage kurz zusammen.

In der anschließenden Aussprache bedankt sich GR Habik bei der Verwaltung, dass sich diese so intensiv mit dem Anliegen der SPD-Fraktion auseinandergesetzt habe.

Nach seiner Ansicht und auch der seiner Mitstreiter im Gemeinderat sei das Thema sozialer Wohnungsbau sehr wichtig. Hier könne die Gemeinde durch konkrete Planungen aktiv in die Entwicklung am Wohnungsmarkt eingreifen, und es müsste auch neuer Wohnraum entstehen, der beispielsweise Flüchtlingen den Nachzug von Familienangehörigen erlaube.

Container-Lösungen seien auf Dauer aus seiner Sicht nicht akzeptabel.

Nach Ansicht der SPD-Fraktion müsse man hier „zügig in die Gänge kommen“, um möglichen Investoren, wenn man es schon nicht selbst machen wolle, günstige Bauplätze zur Verfügung zu stellen.

BM Hetzinger hält dem entgegen, dass wenn man aktiv in den sozialen Wohnungsbau einsteigen wolle, größere Objekte anmieten oder kaufen müsse. Mit „kleinen Häuschen“ sei es dabei nicht getan. Oder aber man sucht sich Partner, die auf gemeindeeigenen Flächen diese Art von Wohnungsbau vorantreiben.

Er könne sich so etwas beispielsweise im Bereich „Mittlere Klinge“ vorstellen. Dies sei jedoch bisher am Widerstand der Grundstückseigentümer gescheitert.

GR Holzwarth hält die von der SPD-Fraktion aufgezeigte Stoßrichtung für die richtige. Und zwar sollte man den sozialen Wohnungsbau in den kommenden Baugebieten integrieren nach seiner Auffassung und nicht an die Peripherie des Ortes verdrängen.

BM Hetzinger pflichtet ihm bei; hierin bestehe Einigkeit, und der Gemeinderat habe es letztlich in der Hand, an wen und zu welchen Konditionen die Bauplätze letztendlich verkauft würden. Hierbei sei alles denkbar und möglich: selbst bauen, Bauen mit Investoren auf gemeindeeigenen Flächen oder aber andere Modelle.

GR Nagel wirft in die Diskussion ein, die Grünen würden den sozialen Wohnungsbau ebenfalls unterstützen. Bevor man da aber in größerem Stil damit anfangen sollte, sollten zuerst einmal die Leerstände in Urbach ermittelt und die Eigentümer dazu animiert werden, den leer stehenden Wohnraum dem Markt wieder zur Verfügung zu stellen.

GRin Jud verweist auf das kommende große Baugebiet Urbacher Mitte II. Hierin müsse auch der soziale Wohnungsbau mit einbezogen werden.

Der Gemeinderat fasst darauhin folgenden

**Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats  
in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

**Beschluss:**

In Anbetracht des in der Vorlage beschriebenen Sachverhalts wird von der Gründung einer gemeindeeigenen Wohnungsbaugesellschaft abgesehen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

19 Ja-Stimmen  
Nein-Stimmen  
Enthaltungen  
befangen/abwesend

**Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats  
in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

**Tagesordnungspunkt 6  
Information über die zur Anschlussunterbringung zugewiesenen Flüchtlinge  
und über deren Betreuung durch sogenannte "Integrationsmanager"**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 110/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Gemeinderat fasst daraufhin ohne weitere Aussprache folgenden

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Bericht über die Entwicklung der in Urbach im Wege der Anschlussunterbringung untergebrachten Flüchtlinge zur Kenntnis.

Weiterhin beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung, für die im Rahmen des Paktes für Intergration einzusetzenden „Integrationsmanagers“ auf die Einstellung von eigenem Personal zu verzichten und stattdessen eine Kooperation mit dem Rems-Murr-Kreis anzustreben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

19 Ja-Stimmen  
Nein-Stimmen  
Enthaltungen  
befangen/abwesend

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 7**

#### **Übernahme der Flüchtlingsunterkunft Austraße des Landkreises zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 104/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

BM Hetzinger fasst in seinem Sachvortrag den wesentlichen Inhalt der Sitzungsvorlage zusammen.

GRin Bührle trägt daraufhin vor, die beiden Vertreter von Bündnis90/Die Grünen im Urbacher Gemeinderat täten sich bekanntermaßen schwer mit dem Standort Austraße. Bereits bei der Erstellung des Gebäudes als Sammelunterkunft des Landkreises habe man darauf hingewiesen, dass die Lage für ein Flüchtlingsheim zu abseits von der Wohnbenauung sei.

Ergänzend zum Sachvortrag von BM Hetzinger weist Gemeindegamrnerer Markus Schwarz darauf hin, dass es für diesen Vorgang einer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde bedarf, da es sich um ein „kreditähnliches Rechtsgeschäft“ handle. Für die Genehmigung muss ein wirtschaftlicher Zweck angegeben werden. Bei der Entscheidung, ob das Gebäude eher geleast oder gekauft werden sollte, ist die Verwaltung zu der Überlegung gelangt, dass der Kauf kaum wirtschaftliche Vorteile bringen würde. Im Gegenteil habe man im Falle einer Übernahme des Leasingvertrags einen Zinsvorteil. Nach Ablauf der Restlaufzeit, die noch rund 2,5 Jahre betrage, sei die Gemeinde frei bei ihrer Entscheidung, ob sie das Gebäude kaufen oder weiter leasen sollte.

GR Nagel erinnert daran, dass er und seine Kollegin GRin Bührle den Antrag gestellt hatten, zu prüfen, wieviel Leerstand es bei den Mietwohnungen in Urbach gebe. Er wolle seine Zustimmung zu dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehen daran knüpfen, dass diese Untersuchung auf jeden Fall durchgeführt wird.

BM Hetzinger entgegnet darauf, dass eine solche Untersuchung auf jeden Fall von einer externen Institution durchgeführt werden müsste und deshalb wohl auch mit einem nicht unbeträchtlichen Kostenaufwand verbunden sein dürfte. Gleichzeitig bezweifelt er den Nutzen einer solchen Untersuchung, denn wenn man wisse, dass Wohnungen leer ständen, hieße das ja noch lange nicht, dass die Gemeinde auf solche Wohnungen zugreifen könne, um dort etwa Flüchtlinge oder andere nicht unproblematische Mieter unterbringen zu können. Die Gesetzgebung gebe den Kommunen nicht viele Möglichkeiten, zwangsweise auf leer stehende Wohnungen zuzugreifen.

GRin Jud warnt vor der Vorgehensweise, dass man die Zustimmung zu Beschlussvorschlägen der Verwaltung mit anderen Dingen, die man sich wünscht oder fordert, koppelt.

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

Wie BM Hetzinger ist sie der Ansicht, man dürfe in der Frage der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen keinen Druck in der Bevölkerung aufbauen. Dies könne nur auf freiwilliger Basis erfolgen.

GR Habik glaubt, dass das Statistische Landesamt, dem entsprechende Daten aus der Volkszählung vorliegen könnten, diese aus datenschutzrechtlichen Gründen gar nicht herausgeben dürfte. Auch weist er darauf hin, dass im Plüderhäuser Gemeinderat die Einführung einer so genannten Leerstandsabgabe sehr kontrovers diskutiert worden sei.

Auch GR Bertsche warnt GR Nagel davor, seine Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag davon abhängig zu machen, dass die Verwaltung die Leerstände bei privaten Mietwohnungen in der Gemeinde überprüft bzw. überprüfen lässt.

GR Nagel rechtfertigt diesen Wunsch nochmals mit der Aussage, dass es aus seiner Sicht ein guter Ansatz für eine erfolgreiche Integration wäre, wenn Flüchtlinge in möglichst großer Zahl in privaten Wohnungen verteilt über das Ortsgebiet unterkommen könnten.

GR Holzwarth erzählt daraufhin von seinen eigenen Erfahrungen. Er hege zu mehreren Flüchtlingen engen Kontakt und habe auch eigene Wohnungen an Flüchtlinge vermietet sowie einem Flüchtling aus Haubersbronn einen Arbeitsplatz in seiner Firma verschafft. Er wirbt dafür, dass auch andere Gemeinderäte seinem Beispiel folgen sollten. Am besten sollten die Hilfwilligen ältere Häuser und Wohnungen aufkaufen und diese dann an den bedürftigen Personenkreis vermieten.

Der Gemeinderat fasst daraufhin folgenden

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Eintritt der Gemeinde Urbach in den Leasingvertrag für die Flüchtlingsunterkunft Austraße 52 des Landkreises Rems-Murr mit der Gefa-Bank GmbH zu den genannten Bedingungen vorbehaltlich einer möglichen Genehmigungspflicht der Rechtsaufsichtsbehörde zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

19 Ja-Stimmen  
Nein-Stimmen  
Enthaltungen  
Befangen/abwesend



**Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats  
in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

**Tagesordnungspunkt 8  
Straßenrechtliche Einziehung einer Teilfläche der Robert-Mayer-Straße - bisher  
öffentliche Stellplätze bei Gebäude Robert-Mayer-Straße 10**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 106/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

BM Hetzinger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Gemeinderat fasst daraufhin folgenden

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Einziehung der in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage näher bezeichneten Teilflächen der Robert-Mayer-Straße, Flurstücks-Nr. 3350/1, Gemarkung Oberurbach gemäß § 7 Straßengesetz Baden Württemberg.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß des förmlichen Verfahrens die Einziehung im Mitteilungsblatt der Gemeinde öffentlich bekannt zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

19 Ja-Stimmen  
Nein-Stimmen  
Enthaltungen  
befangen/abwesend

## Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### Tagesordnungspunkt 9 Beschluss über die Annahme von Spenden

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 105/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

Ohne Diskussion fasst der Gemeinderat folgenden

#### Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Urbach beschließt folgende von der Gemeindeverwaltung bereits entgegengenommene Spenden endgültig anzunehmen:

<h2>Schenkungen, Spenden Annahme durch den Gemeinderat</h2>
---

Genannt sind nur "echte Schenkungen oder Spenden" ohne Gegenleistung, also auch kein Sponsoring

Spender	Anlass, Zweck	Spende- datum	EURO-Betrag
Elternbeirat Kindergarten Maiergarten	Beteiligung Beschaffung Viersitzerwippe	18.07.2017	742,00 €
Thomas Röder	Flüchtlingshilfe Urbach	26.07.2017	385,00 €
Kreis-Erwachsenen-Bildungs-Ausschuss über Joachim und Irene von Lübtow	Seniorenrat Theaterstück sterben-begleiten-zurückbleiben	13.06.2017	800,00 €
Raiffeisenbank Urbach eG	Seniorenrat Theaterstück sterben-begleiten-zurückbleiben	31.07.2017	100,00 €
Kreissparkasse Waiblingen	Seniorenrat Theaterstück sterben-begleiten-zurückbleiben	01.08.2017	150,00 €
Förderverein Urbacher Kranken- und Altenversorgung e.V.	Seniorenrat Theaterstück sterben-begleiten-zurückbleiben	01.08.2017	500,00 €
Pflegedienst Bethel Welzheim	Seniorenrat Theaterstück sterben-begleiten-zurückbleiben	08.08.2017	200,00 €

#### Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

19 Ja-Stimmen  
Nein-Stimmen  
Enthaltungen  
befangen/abwesend

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 10 Verschiedenes**

#### **Tagesordnungspunkt 10.1 Erklärung der CDU-Fraktion zum Waldhaus**

GR Holzwarth trägt zum Thema Waldhaus folgende Erklärung der CDU-Fraktion vor:

*„In der Fraktions-Diskussion gestern Abend haben wir erneut kritisch über das Waldhaus diskutiert, nachdem wir vor der Sommerpause mit den Fraktionen überein kamen unsere Bedenken zurück zu stellen.*

*Nichtöffentlich hatten wir dazu bereits im Gremium Stellung bezogen und sind uns in der Fraktion aber nicht - oder noch nicht - einig. Hiermit möchte ich deshalb öffentlich Stellung beziehen.*

*Derzeit spreche ich für die Kollegen Bäuchle, Härer, Neher und mich. An dem Kollegen Bertsche sind wir noch an der Überzeugungsarbeit.*

*Wir 4 sind zwischenzeitlich zu einer anderen Bewertung dieses Projektes gekommen, nachdem sich die Rahmenbedingungen einerseits geändert haben und andererseits Bürger massiv uns angegangen haben. Dies bedeutet, dass wir unsere Zustimmung Stand heute nicht mehr geben würden und unsere Meinung ändern bzw. das Waldhaus in der geplanten Version ablehnen.*

*Insbesondere stehen wir den Folgekosten sehr skeptisch gegenüber zumal wir diese höher sehen als geschätzt und kalkuliert wurde. Als Beispiel möchte ich anführen, dass in der Kalkulation mit einer AFA von 2% gerechnet wird, also das Gebäude 50 Jahre halten soll. Das halten wir für zweifelhaft weil wir glauben dass nach 20-30 Jahren das Gebäude im Wald in der geplanten Bauweise bereits am Ende sein wird. Zudem reicht der angesetzte jährliche Wartungsaufwand von rund 2500 € nach unserer Einschätzung nicht aus.*

*Bei 50 Jahren Laufzeit haben wir einen Abmangel von rund 40.000 € p.a. Bei 20 Jahren Laufzeit von rund 50.000€ p.a..*

*Geplant ist zudem, dass Urbacher Bürger das Haus für waldpädagogisch fremde Veranstaltungen nicht nutzen können. Deshalb können daraus auch keine Einnahmen entstehen. Sponsoren waren vorgesehen und haben sich zurückgezogen. Auch das belastet die Kalkulation darüber hinaus. Zudem empfinden wir es als schwierig, wenn Sponsoren für betriebliche Zwecke das Waldhaus nutzen würden und Privatpersonen, die über die Steuern den Abmangel bezahlen, nur für waldpädagogische Zwecke Zugang bekommen.*

*Bei 50.000 € Jahresabmangel sind das in 20 Jahren rund 1Mio. €, ohne dass der normale Bürger im Wesentlichen etwas davon hat, sondern nur für waldpädagogik bezahlt, die wiederum auch viel preiswerter den Interessierten vermittelt werden kann. Wenn regionale waldpädagogik politisches Ziel ist, sollten zudem auch der Kreis und die Region dieses Thema aufgreifen und Ressourcen stellen.*

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

*Wir sind jetzt sehr skeptisch und können nach derzeitigem Planungsstand mit unseren vier Stimmen das Projekt nicht mehr unterstützen, wobei wir uns einer geänderten Planung nicht gänzlich verschließen.*

*Alle anderen Maßnahmen der Gartenschau in Urbach unterstützen wir weiterhin. Auch die Planung eines „weißen Hauses“ als verbindendes Element, weil man im Rahmen eines solchen Projektes auch eben Dinge gemeinsam machen muss.*

*Nun noch eine persönliche Sache: Ich durfte beim gemeinsamen Gespräch mit Gegnern des Projektes mit dabei sein. Ich war überrascht, mit welchem Ton dort gesprochen wurde und welche Formulierungen auch schriftlich erfolgten. Ich empfinde das vorsichtig gesagt als unangemessen. Erwachsene Leute sollten sich nicht so vergreifen und so respektlos im Umgang sein. Wenn wir etwas Gutes zusammen erreichen wollen, brauchen wir keine verletzenden persönlichen Angriffe und schon gar keinen Urbacher Wutbürger, auch wenn dies vermutlich wenige sind. Die Gemeinde hat frühzeitig immer alle eingeladen sich an dem Thema Gartenschau zu beteiligen, und es gibt Leute, die sich beteiligt haben und trotzdem schimpfen und solche die sich am Anfang überhaupt nicht dafür interessiert haben und nun genauso schimpfen. Deshalb lade ich alle ein sich in die weiteren Planungen und Vorhaben einzubringen und dann diese auch demokratisch mitzutragen, auch wenn die eigenen Ideen die Mehrheit nicht finden.“*

BM Hetzinger antwortet darauf, er wolle diesen Wortbeitrag von GR Holzwarth jetzt nicht kommentieren, da das Thema auch heute nicht auf der Tagesordnung sei.

Die GRte Bertsche, Jud und Nagel erklären daraufhin übereinstimmend, dass diese Thematik auch in der anstehenden Klausurtagung des Gemeinderats nochmals intensiv diskutiert werden sollte.

GRin Jud erinnert in diesem Zusammenhang auch nochmals daran, dass in der vergangenen Besprechungen mit den Gegnern der Gartenschauprojekte in Urbach seitens der Gemeinde stets ein moderater Ton angeschlagen wurde, was man von der anderen Seite nicht gerade behaupten könne. Dies finde sie äußerst befremdlich.

GR Nagel kommentiert die Rede von GR Holzwarth mit Bedauern. Er finde es überhaupt nicht gut, dass nun mit der Gruppe um GR Holzwarth immerhin vier Ratsmitglieder aus der bisher geschlossenen Phalanx des Gemeinderats ausscherten, um sich offensichtlich gegenüber den Gartenschau-Kritikern profilieren zu wollen.

GR Habik hat eigenem Bekunden zufolge ein großes Bedürfnis, die Thematik nochmals eingehend zu diskutieren. Die Klausurtagung hält er dabei nicht unbedingt für das geeignete Forum, da große Teile der CDU-Fraktion daran gar nicht teilnehmen werden. Möglicherweise sei es besser, eine Sondersitzung dazu anzuberaumen.

Recht gibt er GR Holzwarth in dem Punkt, dass sich die Ausgangssituation im Hinblick auf die Finanzierung des Waldhauses durch den Wegfall der Sponsoren grundlegend geändert habe. Schon aus diesem Grund hält er es für erforderlich, dass das Thema Waldhaus noch einmal auf die Tagesordnung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung muss.

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 26.09.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

BM Hetzinger entgegnet darauf, wenn der Gemeinderat einen Rückzieher machen möchte, müsste man ja die anstehende Einwohnerversammlung nicht mehr machen.

GR Schlotz wirbt dafür, das Waldhaus nicht nur für Naturpädagogik zu nutzen, sondern auch andere Nutzungsmöglichkeiten zuzulassen. Dadurch würde möglicherweise die Akzeptanz in der Bevölkerung wachsen.

GRin Jud ist der festen Überzeugung, dass das Waldhaus realisiert werden sollte, auch wenn die CDU-Fraktion nun in großen Teilen nicht mehr dahinter zu stehen scheine. Möglicherweise finde ja auch eine etwas abgespecktere und damit kostengünstigere Planung für ein Waldhaus eine bessere Akzeptanz.

BM Hetzinger verspricht, das Thema in der anstehenden Klausur nochmals anzusprechen, falls genügend Zeit dafür bleibe.